Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtrage- und Zustellgebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 6gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.

Nr. 16 — 85 Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag, den 19 Januar 1926

75000 Mann.

Über das Ausland erhalten wir soeben Kenntnis davon, daß Deutschland bei der Botschafterkonferenz gegen den Beschluß der Entente protestiert hat, die Stärke der Besatzungstruppen in der zweiten und dritten Zone des Rheinlandes nicht unter 75 000 Mann herunterzusetzen.

Ein derartiges Vorgehen Deutschlands war nach den Debatten im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages zu erwarten; war doch die Frage der Besatzungsstärke dort Gegenstand eingehendster Beratung gewesen. Bekanntlich war der deutschen Delegation in Locarno, aber auch später in London eine Rückführung der Stärke der Besatzungstruppen auf jene Zahl zugesagt worden, die der Stärke der deutschen Truppen in der Vorkriegszeit entsprach. Jetzt kommt man plötzlich damit, daß man überhaupt nur eine Herabsetzung der Stärke versprochen habe, und man verweist darauf, daß in den drei Zonen 115 000 Mann Besatzungstruppen gestanden haben, was fast dreimal soviel war, als die deutsche Truppenstärke im Rheinland betrug. Die Herabsetzung auf 75 000 Mann bedeutet also tatsächlich keine Verminderung der Truppenstärke in dem noch besetzt verbleibenden Gebiet, wobei man auch gar keine Rücksicht darauf nimmt, daß von den früheren deutschen Truppen Privatquartiere überhaupt nicht in Anspruch genommen wurden, dies jedoch von den fremden Besatzungstruppen in großem Ausmaße geschieht.

Das alles ist im Auswärtigen Ausschuß mit jeder nur wünschenswerten Deutlichkeit gesagt worden, hat aber im Ausland nicht den geringsten Widerhall gefunden. Ein deutschnationaler Antrag, der dahin ging, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund an die zugesagte Verminderung der Besatzungstruppen zu knüpfen, wurde im Interesse einer Entschließung zurückgestellt, die von der Regierung ein energisches Vorgehen gegen diesen Bruch der Versprechungen von Locarno verlangte und im Hinblick auf ihre äußere Wirkung einstimmig angenommen wurde. Die Regierung hat nun dieser Entschließung durch ihren Schritt in Paris Ausdruck gegeben.

Es fragt sich nur, ob dieser Schritt mehr Erfolg haben wird als ein anderer, der in Paris hinsichtlich der Abkürzung der Besatzungsfristen und der Abänderung des Saarregimes getan worden ist und der völlig ergebnislos blieb: man hat sich in Paris glatt geweigert, sich über diese beiden Fragen, die doch gleichfalls Rückwirkungen von Locarno darstellen, irgendwie einzulassen. Infolgedessen sind Stimmen laut geworden, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auch an die Erfüllung dieser zweiten Bedingung oder zum mindesten ihrer Sicherstellung geknüpft wissen wollen, Stimmen, die in jenem obenerwähnten deutschnationalen Antrag ihren Niederschlag fanden. Derartige Absichten sind aber auch in den Parteien laut geworden, die grundsätzliche Freunde des Vertrages von Locarno sind. Es wird behauptet, daß auch der deutsche Außenminister Dr. Stresemann Bedenken gegen einen die jetzige Entwicklung übersehenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hege. Schwerwiegender wird die Weigerung Frankreichs nicht dadurch, daß sie gar keine grundsätzliche ist, sondern in dem Augenblick aufhören soll, in dem Deutschland mit gewissen finanziellen Zugeständnissen durch Flüssigmachung der Eisenbahnobligationen einverstanden wäre.

Es ist von geringem Interesse, wer an dieser die Erwartungen enttäuschenden Entwicklung schuld ist, ob wirklich der französische Ministerpräsident am Widerstand seiner Generale scheiterte. Die gesamte deutsche Öffentlichkeit wird aber mit dem Schritt der Reichsregierung einverstanden sein.

*

Einspruch auch in London.

Der deutsche Botschafter in London, Dr. Sthamer, gab im Auftrage Dr. Stresemanns dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes eine Erklärung der deutschen Regierung zu den Absichten der Alliierten hinsichtlich der Truppenstärke in den beiden verbleibenden Besetzungszonen im Rheinlande ab. Dabei protestierte Dr. Sthamer energisch gegen die Entscheidung der Botschafterkonferenz, derzufolge die alliierte Garnison 75 000 Mann (60 000 Franzosen, 8000 Engländer, 7000 Belgier) stark sein sollte, da diese Entscheidung mit dem Artikel 429 des Versailler Friedensvertrages nicht im Einklang stehe und noch weniger mit dem Geist des Locarnovertrages vereinbar sei.

Reichspräsident und Jungdeutscher Orden

Die Verhandlungen mit Frankreich.

In die Öffentlichkeit gelangte Mitteilungen über einen Empfang des Hochmeisters des Jungdeutschen Ordens, Maraun, beim Reichspräsidenten entsprechen, wie gemeldet wird, nicht den Tatsachen. Maraun ist am 4. Januar vom Reichspräsidenten in Gegenwart eines Beamten empfangen worden und hat dem Reichspräsidenten berichtet, daß er auf Anregung von französischer Seite Besprechungen gehabt hätte, die eine Besserung des deutsch-französischen Verhältnisses zum Ziele hätten. Der Reichspräsident hat Herrn Maraun kurz angehört und ihn bezüglich dieser Verhandlungen an die zuständigen Stellen, nämlich den Reichskanzler und den Außenminister, verwiesen. Von einer Zustimmung oder einem Einverständnis des Reichspräsidenten mit den entwickelten Gedanken ist keine Rede. Die Unterhaltung ist protokollarisch festgelegt worden.

*

Erschwerte Kabinettsbildung.

Die Klippe des Innenministeriums.

Während es am Sonntag den Anschein hatte, als wenn alle Schwierigkeiten überwunden wären, legten sich dem mit der Kabinettsbildung beauftragten bisherigen Reichskanzler Dr. Luther Montag neue Hindernisse in den Weg. Und diese Hindernisse gruppierten sich um den Mann, dem das Reichsinnenministerium anvertraut werden sollte. In der Sonntag bekanntgewordenen vermutlichen Ministerliste, auf die sich die Parteien geeinigt haben sollten, war der demokratische Führer Koch als Reichsinnenminister genannt. Seine Kandidatur fand nun neuerdings lebhaften Widerstand, der diesmal von der Bayerischen Volkspartei ausging. Die Partei soll Herrn Koch auf das bestimmteste ablehnen und gesonnen sein, die Verantwortung für ein mit Koch als Innenminister gebildetes Kabinett nicht zu tragen, sondern in diesem Falle in die Opposition zu gehen.

Der Vorsitzende der Fraktion der Bayerischen Volkspartei, Abgeordneter Leicht, hat sich, nachdem die Verhandlungen bei Dr. Luther vertagt waren, unverzüglich nach München begeben und dort mit den Führern der Bayerischen Volkspartei, vor allem mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Held, Fühlung genommen. Der Widerstand der Fraktion der Bayerischen Volkspartei gegen die vorläufigen Vereinbarungen scheint sich durch die Besprechungen in München verstärkt zu haben.

Entschlüsse der Bayerischen Volkspartei.

Im Reichstag trat Montag früh die Bayerische Volkspartei zusammen, um über die Situation zu beraten. Nach ein Uhr mittags waren die Verhandlungen beendet. Wie man vernimmt, wurde folgender Beschluß gefaßt:

Erstens: Eine Kandidatur Koch als Reichsinnenminister sei untragbar; zweitens sei die Besetzung des Postens des Reichsinnenministers durch einen „Fachmann" notwendig.

Dieser Beschluß soll bereits sowohl der demokratischen Reichstagsfraktion wie auch dem Zentrum zugestellt worden sein. Auch gegen den sächsischen Finanzminister Reinhold, der das Reichsfinanzministerium übernehmen soll, erhob sich Einspruch bei den Bayern. Die Bedenken der Bayerischen Volkspartei gegen Koch sollen auf einer Denkschrift fußen, die Koch 1920 verfaßt hat und in der er sich gegen das Hervortreten des „föderalistischen" Standpunktes im Reiche wandte. Wie sich demgegenüber die Verhältnisse entwickeln würden, konnte Montag am späten Nachmittag noch nicht übersehen werden. Für den Abend hatten fast sämtliche beteiligten Parteien Fraktionssitzungen einberufen, ebenso fanden Besprechungen Dr. Luthers mit den Führern statt.

Hepps Ablehnung.

Der Reichstagsabgeordnete Hepp, der Präsident des Reichslandbundes ist und der Deutschen Volkspartei angehört, war in der vorläufigen Ministerliste zum Landwirtschafts- und Ernährungsminister vorgesehen. Hepp hat nun eine Erklärung an Dr. Luther gelangen lassen, in der er sagt, in der obwaltenden Situation den Posten nicht übernehmen zu können.

Die volksparteiliche Fraktion hat ihrem Vorsitzenden, dem Abg. Dr. Scholz, auch in Anbetracht der bayerischen Entschlüsse, volle Handlungsfreiheit bei den weiteren Erwägungen überlassen.

Zum Hochverratsverfahren gegen den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens.

Dresden, 18. Januar. Von der Leitung des Jungdeutschen Ordens in Sachsen wird uns zu dem Hochverratsverfahren gegen den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens folgendes mit der Bitte um Veröffentlichung mitgeteilt:

Zwei ehemalige Ordensangehörige der Ballei Niederhessen des Jungdeutschen Ordens, die Herren Dr. Fenge und Dr. Schaumlöffel, hatten in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, wonach die angebliche Austrittsbewegung auf die Unterredung der Ordensleitung mit Franzosen zurückzuführen sei. Durch phantastische Gerüchte, die in die Oeffentlichkeit getragen wurden, sprach man von einem angeblichen Hochverrat der Ordensleitung und wurde weiter verbreitet, daß der Hochmeister einen Pakt mit den Franzosen geschlossen habe, nach welchem er mit ihrer Hilfe Diktator von Deutschland werden soll, und ebenso wurde gesagt, daß die Verhaftung des Hochmeisters unmittelbar bevorstünde. Der Hochmeister Artur Mahraun und der Ordenskanzler begaben sich zur Klärung sofort nach Kassel, wo sie feststellen mußten, daß auf Grund vorerwähnter Zeitungserklärungen die Behörden sich zum Einschreiten veranlaßt sahen. Die Staatsanwaltschaft sah also einen Fall des Hochverrates als vorliegend an. Die Herren Fenge und Schaumlöffel sollen hierfür schon vernommen worden sein, offenbar ist auf Grund dieser Aussagen der Verdacht, daß Hochverrat vorliege, nicht gefallen, so daß zwecks Weiterführung des Verfahrens die Akten dem Oberreichsanwalt eingesandt worden sind.

Aufgaben deutscher Politik.

Eine Rede Stresemanns.

In München hielt Reichsaußenminister Dr. Stresemann bei einer Reichsgründungsfeier der Deutschen Volkspartei eine Rede, in der er ausführte, die Aufgabe der Gegenwart sei, in Deutschland das Instrument von Staat und Volk in der Einheit zu erhalten, um es für die

Erreichung einer besseren deutschen Zukunft

einsetzen zu können. Dazu gehöre eine einheitliche nationale Politik. Wer die nationale Einheit wolle, dürfe nicht zwei Deutschland formen, von denen das eine dem anderen das nationale Empfinden abspreche. Jeder Mensch habe in sich das Blutsgefühl für seine Heimat, sein Land und sein Volk, aber der Gott, der dieses Gefühl allen Menschen gegeben habe, habe keiner Schicht und keiner Partei in Deutschland das Privileg verliehen, es für sich allein in Anspruch zu nehmen und es anderen Volksgenossen abzusprechen. In seinen weiteren Ausführungen gab Reichsaußenminister Dr. Stresemann eine Darlegung der Grundgedanken, die zum

Dawes-Abkommen und Locarnopakt

geführt haben, und erklärte dann weiter, wer heute die Arbeitslosigkeit, das Elend und die Kreditnot auf das Dawes-Gutachten zurückführe, fälsche bewußt oder unbewußt die geschichtliche Entwicklung. Wenn die frühere Willkür der von Deutschland erzwungenen Reparationen aufrechterhalten worden wäre, hätten wir wahrscheinlich

diesen Winter überhaupt nicht überstanden.

Ohne das Dawes-Abkommen wäre die deutsche Währung nicht zu halten gewesen. Weder das Dawes-Abkommen noch Locarno seien endgültige Lösungen für alle Zeiten, aber sie seien wichtige Etappen auf dem Wege zu einem Frieden, unter dem allein wir ebenso wie andere Völker vorwärtskommen können. Ob Locarno für die weitere Entwicklung des Verhältnisses Deutschlands zu anderen Staaten die Vorteile bringe, die davon erwartet werden, könne in dieser Stunde von niemand gesagt werden. Töricht sei es jedenfalls, sechs Wochen nach der Unterzeichnung eines Vertrages, der noch gar nicht in Kraft getreten sei, sondern erst nach dem

Eintreten Deutschlands in den Völkerbund

rechtsgültig werde, ein abschließendes Urteil über seine Auswirkungen fällen zu wollen. Die Räumung der nördlichen Rheinlandzone solle man nicht nur vom Standpunkt der dadurch geschaffenen Erleichterungen für diesen Teil des besetzten Gebietes, sondern vom geschichtlichen Gesichtspunkt der damit erfolgenden Erschütterung und Wendung der einst von Foch und Clemenceau betriebenen Rheinlandpolitik würdigen. Wir werden, so schloß Dr. Stresemann,

weiterkämpfen müssen,

Tag für Tag, Schritt für Schritt. Aber ein Recht, diese Politik zu kritisieren, hat nur, wer andere Wege zu weisen vermag. Wer das nicht kann, aber jede Aktivität lähmt, würde unsere Außenpolitik zu jener passiven Planlosigkeit verurteilen, die Bismarck mit Recht als untragbar für ein Land in Deutschlands Lage schon zu Zeiten erklärt hat, da diese Lage eine bessere gewesen ist als die, in der wir leben.

Militärische Jugenderziehung in Frankreich

Die Militärdienstzeit in der Tschechoslowakei.

In Anwesenheit des Präsidenten der Französischen Republik und des Kriegsministers Painlevé hat der Verband der Gesellschaften zur körperlichen Ertüchtigung und Vorbereitung für den Militärdienst eine öffentliche Versammlung abgehalten, an der eine Anzahl Minister, Marschälle und eine Reihe ausländischer Militärattachés teilnahmen. Kriegsminister Painlevé hielt eine Rede, in der er erklärte, es sei notwendig, die Bürger auf ihre Pflicht, die sie der Gesamtheit schuldig seien, vorzubereiten. Trotz der friedlichen Epoche müsse man bedenken, daß entgegen den Gefühlen, die in Frankreich herrschten, bei anderen Völkern unheilvolle Kräfte am Werke seien. Daher müsse Frankreich wachen, um niemand in dem Glauben zu lassen, daß es im Begriffe sei, sich selbst aufzugeben.

Die tschechische Regierung beabsichtigt, mit dem Gesetzentwurf über die militärische Erziehung der Jugend eine Militärgesetznovelle einzubringen, wonach die gegenwärtige achtzehnmonatige aktive Dienstzeit, welche in diesem Jahre auf 14 Monate herabgesetzt werden sollte, noch für ein bis zwei Jahre beibehalten werden soll.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF